

Übersicht



Hilden

Der Bürgermeister
Hilden, den 18.09.2026
AZ.:

WP 25-30 SV 01/052

Antragsvorlage

**Antrag der Fraktion Die Linke vom
17.04.2026 : Strukturelle
Unterfinanzierung der Stadt Hilden -
Konnexität konsequent einfordern**

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
AfD			
Grüne			
FDP			
Linke			
BA Piraten			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

Organisatorische Auswirkungen

☐ ja
☐ ja

☒ nein
☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen
☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Hilden

30.09.2026

Entscheidung

037 - 26 Antrag Die Linke Strukt. Unterfinanzierung der Stadt Hilden

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden beauftragt den Bürgermeister der Stadt Hilden,

1. unverzüglich eine koordinierte Initiative mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Kreises Mettmann sowie dem Städte- und Gemeindebund NRW zu starten, um den politischen Druck auf die Landes- und Bundesregierung zur vollständigen Umsetzung des Konnexitätsprinzips massiv zu erhöhen. Das Ziel muss eine gesetzliche Neuregelung der Finanzierung von Pflichtaufgaben sein, die eine 100%ige Kostendeckung garantiert,
2. dem Hauptausschuss sowie dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen quartalsweise schriftlich über den Fortgang dieser Bemühungen, geführte Gespräche sowie erreichte Zwischenergebnisse zu berichten,
3. insbesondere die Deckung der Defizite in folgenden Bereichen in den Mittelpunkt der Forderungen zu stellen:
 - Kindertagesbetreuung: Deckung des Defizits von 16,4 Millionen €.
 - offener Ganztag (OGS): Ausgleich des auf über 5 Millionen € (Plan 2026) angestiegenen Defizits.
 - Flüchtlingshilfe: Kompensation der Unterdeckung bei Unterbringung und Integration, die für 2025 bei 1,57 Millionen € liegt.
 - Personalkosten für Fremdgesetze: Erstattung der über 1,8 Millionen € an Personalkosten (u. a. für SGB XII, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss), welche die Stadt Hilden allein für die Ausführung von Bundes- und Landesgesetzen ohne ausreichende Gegenfinanzierung aufbringen muss

Erläuterungen zum Antrag:

Die finanzielle Lage der Stadt Hilden ist durch eine systematische Unterfinanzierung seitens des Landes und des Bundes geprägt. Die Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE durch die Verwaltung belegt das Ausmaß dieser Fehlentwicklung: Allein im Bereich Kindertagesbetreuung und OGS fehlen Hilden über 21,5 Millionen Euro.

Die Fraktion DIE LINKE stellt ausdrücklich fest, dass die Ursache für diese Defizite nicht bei der Hildener Stadtverwaltung liegt. Im Gegenteil: Die Verwaltung leistet trotz chronischer Unterfinanzierung hervorragende Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sind jedoch chancenlos, da sie lediglich die strikten Vorgaben mit den unzureichenden Pauschalen von Bund und Land umsetzen können.

Dennoch ist ein bloßes „Verwalten des Mangels“ politisch nicht länger hinnehmbar. Während die Stadt Hilden ihre Aufgaben vorbildlich erfüllt, verweigern die übergeordneten Ebenen bewusst die notwendige Finanzierung.

Die Entscheidung über diesen Antrag ist richtungsweisend für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Es geht hierbei nicht um Parteipolitik, sondern um eine überfällige kommunale Selbstbehauptung.

Wir laden die anderen Fraktionen dazu ein, dem Bürgermeister durch ein klares Votum des Rates den Rücken zu stärken. Ein einstimmiges Signal aus Hilden macht unmissverständlich klar, dass die Stadtspitze nicht als Bittsteller, sondern mit dem Auftrag der gewählten Bürgervertretung auftritt.

Die Bürgerinnen und Bürger verlassen sich darauf, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Hilden das Beste für diese Stadt tun. Wir haben jetzt die Chance, gemeinsam ein starkes Signal zu senden und den Bürgermeister zu beauftragen, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Stillhalten, um den politischen Frieden mit den übergeordneten Regierungsebenen über das Wohl Hildens zu stellen, ist keine Option.

Wir fordern den Bürgermeister auf, endlich als aktiver Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger aufzutreten, statt nur die Defizite des Landes zu moderieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung teilt die vom Antrag zugrunde gelegte Einschätzung, dass die kommunale Aufgabenwahrnehmung (u.a.) in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Offener Ganztag, Flüchtlingshilfe sowie bei den Personalkosten für sogenannte Fremdgesetze strukturell nicht auskömmlich durch Land und Bund finanziert wird. Die Verwaltung teilt auch die Auffassung, die unzureichende Gegenfinanzierung der übertragenen Pflichtaufgaben mit der verfassungsrechtlichen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung nicht in Einklang zu bringen ist.

In der Zielsetzung – einer konsequenten Einforderung des Konnexitätsprinzips – besteht daher Einigkeit. Die im Antrag vorgeschlagenen Mittel und Verfahrensschritte hält die Verwaltung jedoch aus den nachfolgenden Gründen nicht für zielführend. Sie sind vor dem Hintergrund der bereits mit Schreiben vom 26.08.2026 (Antwort zur Anfrage 052-26) dargelegten Sachlage nicht geeignet, die Position der Stadt Hilden zu verbessern, und wären mit einem Verwaltungsaufwand verbunden, der in keinem angemessenen Verhältnis zum erwartbaren Nutzen steht.

Der Antrag fordert eine gesonderte, von der Stadt Hilden koordinierte Initiative gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Kreises Mettmann sowie dem Städte- und Gemeindebund NRW (StGB NRW). Wie bereits in der Beantwortung der Anfrage 052-26 im Fragenkomplex I ausgeführt, ist die interkommunale Interessenvertretung gegenüber Landes- und Bundesgesetzgeber in Deutschland bewusst bei den kommunalen Spitzen- und Fachverbänden gebündelt. Die Stadt Hilden ist Mitglied im Städte- und Gemeindebund NRW, der satzungsgemäß und organisatorisch genau die im Antrag geforderte Aufgabe wahrnimmt: Er verfügt über institutionalisierte Beteiligungsrechte bei kommunalrelevanten Gesetzgebungsvorhaben und vertritt die Interessen der Städte und Gemeinden gegenüber Landesregierung und Landtag.

Eine zusätzliche, eigenständige Initiative der Stadt Hilden würde bestehende, hierfür bereits vorgesehene Strukturen doppeln. Eine einzelne Kommune kann gegenüber dem Gesetzgeber nur begrenztes politisches Gewicht entfalten; der gemeinsamen, über die kommunalen Spitzenverbände gebündelten Position von mehreren hundert Kommunen kommt demgegenüber eine erheblich größere Durchsetzungskraft zu. Zudem bestünde bei parallelen Einzelinitiativen einzelner Kommunen die Gefahr uneinheitlicher oder widersprüchlicher Forderungen gegenüber demselben Gesetzgeber – ein Ergebnis, das gerade durch die Bündelung in den Spitzenverbänden vermieden werden soll.

Die Verwaltung sieht die im Antrag adressierten Anliegen bereits über die bestehende Mitgliedschaft und die aktive Mitwirkung in den einschlägigen Fachgremien – etwa im Bereich Schule, Offener Ganztag und Kindertagesbetreuung über den StGB NRW sowie im Bereich Integration über den Landesintegrationsrat – sachgerecht vertreten.

Die im Antrag benannten Defizitbereiche – Kindertagesbetreuung, Offener Ganztag, Flüchtlingshilfe sowie Personalkosten für Fremdgesetze – sind der Verwaltung bekannt und decken sich mit den in der Beantwortung der Anfrage 052-26 dargestellten Sachverhalten, unter

anderem dem allein in den Bereichen Kindertagesbetreuung und OGS bestehenden Fehlbetrag von über 21,5 Millionen Euro. Diese Anliegen werden bereits im Rahmen der bestehenden Verbandsarbeit eingebracht: Vertreterinnen und Vertreter des Jugendamtes sind in den einschlägigen Fachstrukturen des StGB NRW vertreten und bringen dort die personellen und finanziellen Belastungen der Stadt Hilden konkret ein; entsprechendes gilt für die Themen Integration über den Landesintegrationsrat.

Eine gesonderte Beschlussfassung des Rates zur inhaltlichen Fokussierung ist aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich, da die genannten Defizite bereits Gegenstand der laufenden Interessenvertretung sind und die Verwaltung diese Themen ohnehin mit dem gebotenen Nachdruck vertritt.

Fazit

Die Verwaltung teilt das mit dem Antrag verfolgte Ziel, das Konnexitätsprinzip gegenüber Land und Bund konsequent einzufordern, und wird sich hierfür – wie bisher – im Rahmen der bestehenden kommunalen Spitzen- und Fachverbände einsetzen. Die im Antrag vorgeschlagenen zusätzlichen Verfahrensschritte – eine eigenständige, parallel zu den Verbandsstrukturen laufende Initiative sowie eine quartalsweise Berichtspflicht – würden demgegenüber bestehende, wirksamere Strukturen doppeln und einen Verwaltungsaufwand erzeugen, dem kein entsprechender Mehrwert gegenübersteht.

Die Verwaltung empfiehlt dem Rat daher, den Antrag abzulehnen.

Gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:
keine

Inklusionsrelevanz:
keine

Fraktion Die Linke im Stadtrat Hilden

17. April 2026

Antrag

Strukturelle Unterfinanzierung der Stadt Hilden – Konnexität konsequent einfordern!

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beauftragt den Bürgermeister der Stadt Hilden,

1. unverzüglich eine koordinierte Initiative mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Kreises Mettmann sowie dem Städte- und Gemeindebund NRW zu starten, um den politischen Druck auf die Landes- und Bundesregierung zur vollständigen Umsetzung des Konnexitätsprinzips massiv zu erhöhen. Das Ziel muss eine gesetzliche Neuregelung der Finanzierung von Pflichtaufgaben sein, die eine 100%ige Kostendeckung garantiert,
2. dem Hauptausschuss sowie dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen quartalsweise schriftlich über den Fortgang dieser Bemühungen, geführte Gespräche sowie erreichte Zwischenergebnisse zu berichten,
3. insbesondere die Deckung der Defizite in folgenden Bereichen in den Mittelpunkt der Forderungen zu stellen:
 - **Kindertagesbetreuung:** Deckung des Defizits von 16,4 Millionen €.
 - **Offener Ganztag (OGS):** Ausgleich des auf über 5 Millionen € (Plan 2026) angestiegenen Defizits.
 - **Flüchtlingshilfe:** Kompensation der Unterdeckung bei Unterbringung und Integration, die für 2025 bei 1,57 Millionen € liegt.
 - **Personalkosten für Fremdgesetze:** Erstattung der über 1,8 Millionen € an Personalkosten (u. a. für SGB XII, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss), welche die Stadt Hilden allein für die Ausführung von Bundes- und Landesgesetzen ohne ausreichende Gegenfinanzierung aufbringen muss.

Begründung und Erläuterung:

Die finanzielle Lage der Stadt Hilden ist durch eine systematische Unterfinanzierung seitens des Landes und des Bundes geprägt. Die Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE durch die Verwaltung belegt das Ausmaß dieser Fehlentwicklung: Allein im Bereich Kindertagesbetreuung und OGS fehlen Hilden über **21,5 Millionen Euro**.

Die Fraktion DIE LINKE stellt ausdrücklich fest, dass die Ursache für diese Defizite nicht bei der Hildener Stadtverwaltung liegt. Im Gegenteil: Die Verwaltung leistet trotz chronischer Unterfinanzierung hervorragende Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sind jedoch chancenlos, da sie lediglich die strikten Vorgaben mit den unzureichenden Pauschalen von Bund und Land umsetzen können.

Dennoch ist ein bloßes „Verwalten des Mangels“ politisch nicht länger hinnehmbar. Während die Stadt Hilden ihre Aufgaben vorbildlich erfüllt, verweigern die übergeordneten Ebenen bewusst die notwendige Finanzierung.

Die Entscheidung über diesen Antrag ist richtungsweisend für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Es geht hierbei nicht um Parteipolitik, sondern um eine überfällige kommunale Selbstbehauptung.

Wir laden die anderen Fraktionen dazu ein, dem Bürgermeister durch ein klares Votum des Rates den Rücken zu stärken. Ein einstimmiges Signal aus Hilden macht unmissverständlich klar, dass die Stadtspitze nicht als Bittsteller, sondern mit dem Auftrag der gewählten Bürgervertretung auftritt.

Die Bürgerinnen und Bürger verlassen sich darauf, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Hilden das Beste für diese Stadt tun. Wir haben jetzt die Chance, gemeinsam ein starkes Signal zu senden und den Bürgermeister zu beauftragen, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Stillhalten, um den politischen Frieden mit den übergeordneten Regierungsebenen über das Wohl Hildens zu stellen, ist keine Option.

Wir fordern den Bürgermeister auf, endlich als aktiver Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger aufzutreten, statt nur die Defizite des Landes zu moderieren.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Klaus Wockenfoth
Fraktionssprecher